

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 40 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 1. Oktober 1932

## Der Düsseldorfer Gewerkschaftskongreß

In den Annalen der neueren Geschichte Deutschlands wie auch der deutschen Arbeiterbewegung wird neben den düsteren Jahren 1918, 1920 und 1923 das Jahr 1932 als Abschnitt einer neuen Umbruchperiode stehen. Neben den Kongressen von Dresden und Essen im Jahre 1912, wo der Gewerkschaftsstreit entschieden wurde, neben dem Kongreß von Essen im Jahre 1920, der stark richtunggebend für die soziale Entwicklung in Deutschland war, wird der christliche Gewerkschaftskongreß von Düsseldorf seine Bedeutung darin haben, daß er als die letzte Mahnung des christlichen und nationalen Teiles der deutschen Arbeitererschaft in der Zeit der größten Wirtschaftskrise gegenüber den regierenden Gewalten und Verneinern der sozialen Versöhnung unerbittlich das Lebensrecht der deutschen Arbeitererschaft betont. Wer hören will, wer im Staatsgeschehen die sittlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der größten Volksschicht gerecht und wägend mit einbezieht, der möge die scharfe Sprache der Referenten, die gehäuften Klagen der Diskussionsredner, das eindringliche Bekennen zum sozialen Volksstaat werten als das, was sie sind: Der unerbittliche Lebenswille einer von sittlichen Beweggründen getragenen Volksbewegung. Kleinlichkeiten mäfelt, wer Ausstellungen an einzelnen Worten und Lauten beliebt, wer weitere positive Vorschläge erwartet, weil unsere positiven Forderungen der bequem-bürgerlichen Denkweise nicht liegen, der hat den ganz großen Zug des Kongreßwollens nicht erkannt. Der Kongreß trug eine herbe Note. Nichts von der verbindlichen, aber auch ebenso betrügerischen Sprache der Kaffeehausliteraten, die den Menschen alles und jedes mundgerecht machen wollen, nichts von der Diplomatensprache, die das Gegenteil dessen meint, was sie sagt, nichts auch von der Papen-Sprache, die Christentum sagt und Kaktun meint! Deutschland befindet sich durch die Wirtschaftskrise und die Eisenbarrikaden der derzeitigen Reichsregierung in einem ganz großen sozialen Krieg. Im Krieg aber wird nicht mit Leberknödeln geschlossen.

Der Kongreß ging am Sonntag, dem 18. September, eine Tagung der westdeutschen christlichen Arbeiterjugend voraus. Ein prachtvoller Demonstrationzug leitete die Kundgebung ein. Trotz bitterer Not hatten sich viele Tausende junger Menschen aus dem rheinischen und westfälischen Industriegebiet eingefunden, um sich gegenständig, aber auch den Gegnern der christlichen Arbeiterbewegung ein soziales Bekenntnis zu geben. Von rund 200 schwarz-rot-goldenen Fahnen und Wimpeln durchsetzt, mit ca. 40 Tambourcorps und Musikkapellen marschierten ca. 15 000 junge christliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Gewiß war manche Wange hohl, mancher Anzug abgetragen, mancher Schuh der Reparatur bedürftig. Aber die Augen blickten frisch, die kleidsamen Trachten einzelner Gruppen, nicht zuletzt die frischen, einheitlichen Farben der Jungarbeiterinnen zeugten davon, daß wirtschaftliche Not nicht unbedingt zum Proletariat zu führen braucht. Die „Volksfront“ Düsseldorfs gab dem Jugendtreffen wie dem gesamten Kongreß eine prachtvolle Umrahmung. Dem ergreifenden Fahnenmarsch, der jubelnden Begrüßung der alten Führer und Verbandsvorsitzenden folgten herzliche Mahnungen der Jugendführer, die in dem Vortrag von Imbusch, dem Vorsitzenden des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, ihren Höhepunkt fanden. Die bekenntnistreudige Jugend der christlichen Arbeitererschaft ist ein Lichtpunkt in dieser harten Zeit. Sie wird unsere Fahnen unentwegt weitertragen, sie wird sein und wirken, wenn der augenblickliche Kurs der sozialen Reaktion schon längst ausgesteuert hat.

Am Abend des 18. September wurde der Kongreß offiziell von Bernhard Otte, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, eröffnet. Seine grundsätzlichen Darlegungen waren ein erneutes Bekenntnis zum sozialen und nationalen

Volksstaat, eine Ablehnung aller reaktionären Bestrebungen, unter welchem Namen und Gewand sie sich auch vorstellen mögen, eine Mahnung an alle leitenden Stellen im Staat, die heiligen Begriffe von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu achten, eine Mahnung aber auch an die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere die christliche, nicht zu verbittern, nicht zu verzagen, sich bewußt zu sein, daß der Aufstieg eines Standes immer wieder Opfer erfordert. Ein stilles Gedenken galt allen Toten der Bewegung seit dem letzten Kongreß, insbesondere Janßen, Glimm, Schlicher, Kieneder, Wiedeburg. Die vielfältigen Begrüßungen waren im allgemeinen neue Bekräftigungen sozialer Freundschaft und Verbundenheit. Besonders wirkungsvoll sprach Herr Prälat Müller vom Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, für die evangelische Kirche der Rheinprovinz Herr Pfarrer von der Goltz. Für die Reichsregierung sprach Herr Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer. Es war natürlich, daß der Vertreter der Reichsregierung kein herzliches Willkommen erhielt. Mehrere Zwischenrufe und auch Pfiffe waren gewiß nicht angenehm und sollen keine Billigung finden. Unter mehr als 3000 Teilnehmern der Eröffnungsfeier sind eben nicht lauter Fischblütige. Eine sittenrichtende Gefälligkeitspresse der Reichsregierung sollte dies und noch etwas anderes dazu bedenken: Der Unmut notleidender Menschen, denen Löhne und Unterstützungen bis auf das Unerträglichste gekürzt sind, denen wirtschaftliche und soziale Rechte entwunden sind und weiter entwunden werden sollen, kann sich nicht im Stile des „Knigge“ äußern. Persönliche Not und beleidigtes sittliches Rechtsempfinden verlangen eine Entladung, die eine

### Der Kongreß zur staatspolitischen Lage

Die politischen Ereignisse der jüngsten Tage erfüllen die christlichen Gewerkschaften mit größter Sorge. Ihre Mitarbeit leht eine Staatsführung voraus, der die Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Schichten des Volkes oberstes Gesetz ist. Die Herrenmacht, aus der die Regierung Papen gebildet wurde, schien der christlichen Arbeiterschaft von Anfang an dafür keinerlei Gewähr zu bieten. Die Entwicklung hat die Berechtigung dieser Befürchtung schlagend bewiesen. Die letzten Notverordnungen treiben weiteste Kreise der Arbeiterschaft in den Hunger. Die Wirtschaft kann unmöglich gesund sein, wenn die Kaufkraft, wenn die Lebenskraft der breiten Massen einfach erdrückt wird. Zum Ueberfluß wirft die Reichstagsauflösung neue Beunruhigungen in Volk und Wirtschaft. Die erneute Auflösung erweckt weiter den Eindruck, als sollten Wille und Recht des Volkes immer mehr ausgeschaltet und der Diktatur der Weg geebnet werden.

Die christlichen Gewerkschaften stehen dieser Gesamtentwicklung in entschiedenster Abwehr gegenüber. Mit härkstem Nachdruck protestieren sie gegen die sozialen Ungehenerlichkeiten der letzten Notverordnungen. Sie warnen vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur. Sie widerlegen sich auf das entschiedenste allen Maßnahmen, die eine noch weitere Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft unfehlbar nach sich ziehen müssen.

Dringend erforderlich ist die Bildung einer wahrhaft nationalen und sozialen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung. Der Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er sich in diesen geschichtlichen Tagen zum Sprecher und Anwalt für viele Millionen staatsreuer Deutscher macht. Seine Stimme verlangt Gehör für Deutschland und seine Freiheit!

andere moralische Berechtigung hat, als die brüllende Andeutung des Reichstanzlers Dr. Brüning auf einer Industriellentagung in Chemnitz und die „geschmackvollen“ Sottisen großlandwirtschaftlicher Vertreter auf der vorjährigen Ostlandsreise des gleichen Kanzlers. Der Reichsarbeitsminister warb für die Gedanken der Reichsregierung. Vergebens! Er forderte Vertrauen, Abbau des Mißtrauens! Er hoffte wohl selbst nicht auf Erfüllung. Uebertrieben geschickt war es nicht, eine niedergeschriebene Rede wortwörtlich unter allen Umständen zum Vortrag bringen zu wollen. Ein Bekenntnis sei festgehalten, es soll dem Reichsarbeitsminister als persönlich ehrlich gemeint angerechnet werden. Er sagte u. a.:

„Bei der Erringung der Freiheit des Arbeiterstandes und der Schaffung des deutschen sozialen Rechts kam der Anstoß nicht immer vom Staate her, sondern sehr oft auch von unten, von den Gewerkschaften. Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Unternehmer und Arbeiter größten Wert legen.“

Die demonstrativen Mißfallenskundgebungen galten nicht der Person des Reichsarbeitsministers, sondern — um in einem heute geflügelten Wort zu sprechen — dem „System“ der derzeitigen Reichsregierung.

Der Arbeitstagung am Montag gingen Gottesdienste der beiden großen christlichen Konfessionen voraus. In gehaltenen Ausführungen zogen die Prediger die Verbindungslinie zwischen der sozialen Arbeit und den religiös-sittlichen Bestrebungen des Christentums. Nach der Wahl der Leitung und der Kommissionen gab der Gesamtverbandsvorsitzende Bernhard Otte den Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit der Bewegung in den letzten Jahren. Wir bringen den Bericht an anderer Stelle.

„Der volkspolitische und nationale Wille unserer Bewegung.“ Dieses zeitbedingte Thema fand seinen berechtigen Interpret in Landesgeschäftsführer Kaiser-Köln. Plankiert von den schwarz-rot-goldenen Fahnen legte der Redner ein Bekenntnis der Bewegung für Freiheit und Recht ab, das immer wieder von tosenden Zustimmungserklärungen unterbrochen wurde. Eine gewaltige Entladung des berechtigten sozialen Grolles, des verletzten staatsbürgerlichen Freiheitsempfindens, ein Bekenntnis zum sozialen christlichen deutschen Volksstaat! Eine Entschliebung, die wir auf der Mitte der ersten Seite veröffentlichen, faßte die Meinung der christlichen Arbeiterschaft zu den staatspolitischen Geschehnissen zusammen. Sie muß gehört werden, wenn nicht noch größeres politisches und soziales Unglück über Deutschland hereinbrechen soll.

Und nun folgte eine im Ton scharfe Aussprache, die dem beleidigten Rechtsempfinden entsprang. Die Not und ihre Ursachen, das verordnete Unrecht und seine Auswirkungen sind vielfältiger als sie der einzelne sieht, das war der Tenor der Darlegungen.

Ueber Art und Umfang der Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften sprach Saltrusch vom Gesamtverband. In dem Vortrag und der hieran knüpfenden Aussprache kam wiederum die vielfältige Not zum Wort, nicht minder aber auch die Vorschläge zur Behebung derselben. Die Maßnahmen der Reichsregierung sind teils unzulänglich, teils sich in der Wirkung aushebend. Sie begünstigen mehr als einseitig die Unternehmer und legen der Arbeiterschaft sozial unerträglich und wirtschaftlich konsumzerstörende Opfer auf.

Die Sozialpolitik ist das umstrittenste Gesellschaftsproblem der Jetztzeit. Von hoher sittlicher Werte aus beleuchtete Professor Dr. Theodor Brauer (Königswinter), der geistvolle Laien-Apologet und Ethiker, die gesellschaftsverbindende Kraft der Sozialpolitik. In den Nöten der Zeit muß unser Blick klar bleiben, um die Erhebung der Arbeiterschaft vom Gesellschafts-leucht zum vollgeachteten und vollberechtigten Gesellschaftsbürger durchzukämpfen.

Wieder marschierten die schwarz-rot-goldenen Fahnen auf. In packender Zusammenfassung gab Bernhard Otte noch einmal einen Ueberblick über die Arbeit des Kongresses. Den Rednern, den Vertuschern sagte er noch einmal, daß die dreitägige Auseinandersetzung mit den Verneinern des sozialen Volksstaates etwas anderes sei als politische oder gar

parteiliche Verärgerung. „Die Sorge um die Zukunft unseres ganzen Volkes, um die soziale und politische Lebensbasis seiner größten Schicht, der Arbeiterschaft, hat in harten, aber berechtigten Worten, hat in klaren Entschlüssen und Vorschlägen ihren Ausdruck gefunden. Soziale Arbeit mehr denn je wird unsere Aufgabe sein. Wir werden sie lösen!“

„Deutschland, Deutschland über Alles...“  
 „Einigkeit und Recht und Freiheit...“  
 Mit diesen beiden Strophen des Deutschlandliedes fand der Kongreß seinen Ausklang. Er war ein Markstein in der Geschichte Deutschlands. Daß die regierenden Gewalten seinen Sinn verstehen, ist unser Wunsch. Daß mit der Wirtschaftskrise auch die sozialgesellschaftliche Krise gewendet werde, ist notwendig. Diesem Ziel galt der Kongreß, ihm gilt unsere zukünftige Arbeit.

daß sie sich Sorge über die Lage der Wirtschaft und des Staates machen, und daß sie als verantwortlicher und bedeutsamer Faktor sich auch berufen fühlen, mitzuarbeiten und mitzubestimmen. Mehr denn je wirken heute die politischen Verhältnisse auf die Wirtschaft zurück und umgekehrt. Die Gewerkschaften sind nicht zuletzt und auch im Interesse der notleidenden Menschen, die sie zu vertreten haben, daran interessiert, daß nicht durch unverantwortliche politische Experimente die Interessen der Wirtschaft geschädigt werden. Auch deshalb führen die christlichen Gewerkschaften den Kampf gegen den unverantwortlichen und negativ eingestellten politischen und wirtschaftlichen Radikalismus. Das Aufsteigen der innerpolitischen Leidenschaften spaltet und schwächt die Kraft des Volkes, vor allem auch im Kampfe um die außenpolitische Freiheit und um die endgültige Beilegung der Reparationen.

Die Frage der Senkung der Selbstkosten in der Wirtschaft hat in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt und wird es in der Zukunft weiter tun. Wir erkennen an, daß die hohen Selbstkosten schwer auf der Wirtschaft lasten und sich nachteilig für die Unternehmen und die unmittelbar daran Beteiligten auswirken. Es geht aber nicht an, daß sich der Ansturm, um zu einer Senkung der Selbstkosten zu kommen, einseitig gegen die Löhne richtet. Deshalb haben wir bei allen maßgebenden Stellen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Frage der Belastung der Wirtschaft durch hohe Steuern, Zinsen und eine zu hoch bezahlte Verwaltungsbürokratie volkswirtschaftlich viel einschneidender ist. Wir haben nicht ohne Erfolg in der Richtung gearbeitet. Allerdings hat die letzte Notverordnung der Regierung v. Papen erneut einen unerhörten Druck auf die Löhne gelegt. Die schweren Folgen werden nicht ausbleiben.

Wir als christlich-nationale Gewerkschaften, denen Gemeinschaftsgebanke und Gemeinschaftsarbeit ein Programm- und Zielpunkt unserer Arbeit ist, bedauern es sehr, daß in der Berichtszeit — nicht zuletzt durch den einseitigen Ansturm auf die Löhne und die Sozialgesetzgebung — die mehrfachen Ansätze, um zu einer Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu kommen, scheiterten. Unsere Aufgabe muß es sein, an den Voraussetzungen einer fruchtbaren Gemeinschaftsarbeit, vor allem auch an der Schaffung einer im Sozialen wurzelnden Gemeinschaftsgegnung zu arbeiten. Leider hat die politische und sozialpolitische Entwicklung der letzten Zeit fast alle Zukunftsaussichten zunichte gemacht.

Trotz der schweren Krise und der Finanzschrumpfung dürfen wir auch in Zukunft die Schulung nicht vernachlässigen. Nur eine geistig hochstehende und die Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft kennende Arbeiterschaft kann sich im schweren Kampfe behaupten und Fortschritte erzielen. Nach wie vor liegt

### Der Kongreß gegen die Notverordnungen

Bittere Not und tiefstes Elend lasten unerträglich auf der deutschen Arbeiterschaft, deren Fleiß und Können die Grundlagen des einstigen Reichtums des Volkes waren und deren Tüchtigkeit und Fähigkeit die Hoffnungen auf den Wiederaufstieg des deutschen Volkes sind.

Die Millionen Arbeitslosen leiden Hunger. Riesengroß ist das Ausmaß ihrer Not. Die Regierung hat durch die Juni-Notverordnung Unterstützungsfälle verfügt, die selbst die bescheidenste Lebensführung nicht mehr gestatten. Nach Abzug der Miete verbleiben erbärmliche Beträge von 25, 20, 15, selbst 3 Pfennig je Familienmitglied und Tag, die den künftigen Ernährungsbedarf nicht mehr decken.

Den Arbeitsinvaliden, den in jahrelanger treuer Pflichterfüllung altgewordenen Arbeitern, den Witwen und Waisen gibt die Notverordnung Rentenbeträge, die in keinem gerechten Verhältnis zu der einstigen Beitragsleistung mehr stehen und die auch diese Kreise der völligen Armut preisgeben.

Aber auch Hunderttausende noch in Arbeit stehender sind nach wiederholtem Lohnabbau bei weitgehender Kurzarbeit nicht besser gestellt als die hungernden Arbeitslosen. Die September-Verordnungen der Reichsregierung erstreben weiteren Lohnabbau bis zu 27 Prozent, bei dessen Verwirklichung die Lebensgrundlage weiterer Millionen von Volksgenossen zerstört wird.

Diese harte Not der Arbeiterschaft muß besonders drückend empfunden werden, da die Reichsregierung mit der Befastigung der arbeitenden Schichten eine gleichzeitige Entlastung der besitzenden Kreise durch weitgehende Steuererleichterungen verbunden hat.

Diese Zustände, die der christlichen Gerechtigkeit widersprechen und den Glauben an den sozialen Willen der Staatsführung vernichten, werden zu den schwerwiegendsten Folgen für das gesamte Volks- und Staatsleben führen.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften fordert deshalb mit aller Entschiedenheit eine sofortige entscheidende Umkehr in dieser einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches.

Der Kongreß fordert die sofortige Aufhebung der unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen.

## Entwicklung und Tätigkeit

### Der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren

Gesamtvorsitzender Bernhard Otte (Berlin) führte auf der Düsseldorf'er Tagung zu diesem Thema u. a. aus:

Not und Elend lasten in einem fürchterlichen Ausmaß auf unserem deutschen Volke, und speziell die Erwerbslosen und größtenteils auch die Erwerbsunfähigen, führen heute ein Elendsdasein im ausgeprochenen Sinne des Wortes. Die immer mehr zunehmende Wirtschaftskrise mit ihrer Erwerbslosigkeit, mit Kurzarbeit, Einkommensminderung und Steuererhöhung auf der einen Seite und den erhöhten Aufwendungen und Ausgaben auf der anderen Seite haben zu einer katastrophalen Zuspitzung der Lage geführt. Nicht allein wir in Deutschland — wenn wir auch infolge des verlorenen Krieges und des starken Kapitalentzuges relativ stärker betroffen sind — haben unter der Krise und Wirtschaftsschrumpfung zu leiden. Die Krise hat vor kaum einem Lande der Welt halbgemacht, auch vor solchen Ländern nicht, die ein unferner „Reaktionären und Rückschrittlern mehr zugehendes „System“ haben. Die Zahl von rund 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt spricht eine erschütternde und anklagende Sprache zugleich. Daß wir, angesichts dieser Lage im allgemeinen, und angesichts der gewaltigen Not, die uns in Deutschland im besonderen auf den Nägeln brennt, uns gegenwärtig in innerem Hader zerfleischen, ist beschämend und erschütternd zugleich. Und daß es in dieser Zeit Richtungen und Strömungen gibt, die eine Weltwirtschaftskrise glauben mit Anarchie lösen zu können, und die ferner die Sozialpolitik zum Schuldigen der Krise stempeln und angesichts der geringen Unterjüngung und der fürchterlichen Not vom Wohlstand reden, ist ein Zeichen für die weithin anzutreffende Verwirrung und des Mangels an sozialer Grundgesinnung. Leider bewegt sich auch die Gesetzgebung verstärkt in dieser Richtung. Gerade die letzten Maßnahmen bedeuten eine Sabotage für die Unternehmer und eine derartige Belästigung der Arbeitnehmer, daß alles bisher Dagewesene dadurch in den Schatten gestellt wird. Es ist ein Ankerbelangversuch der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer. Dabei haben wir wegen der Schwächung der Kaufkraft und der infolge der Zollpolitik zunehmenden Abschließung vom Weltmarkt die berechtigten Sorge, daß der Plan keinen durchgreifenden Erfolg erzielt.

Es ist selbstverständlich, daß die vorhin geschilderten Verhältnisse auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung sowohl im allgemeinen als auch auf unsere Bewegung im besonderen stark einwirken mußten. Die Auswirkung ist selbstverständlich bei den Verbänden verschieden, weil auch die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen verschieden groß ist. Wenn einige Verbände, selbst in diesem Sommer, noch 85 bis 90, andere 70 bis 80, wieder andere 60 bis 70 Prozent ihrer Mitglieder arbeitslos haben, dann bedarf es gar keiner besonderen Betonung, daß diese Verhältnisse die Kraft der Verbände auf das stärkste beeinträchtigen müssen. Stärker noch wie der Mitgliederverlust ist der Rückgang der Einnahmen. Während in den letzten drei Jahren der Verlust an Mitgliedern 10,2 Prozent beträgt, sind die Einnahmen um 21,5 Prozent zurückgegangen. Es ist klar, daß die Ausgaben unter solchen Umständen stark gedrosselt werden mußten. Diese Ausgabenreduzierung wurde auch allseitig vorgenommen. Zuerst und vor allen Dingen im Hinblick auf die Verwaltungsstellen (Gehälter, laufende Ausgaben, Einkünfte in der Zahl der angestellten Kräfte usw.). Was nicht durch beschnittene Kräfte geschehen kann, muß durch ehrenamtliche Mitarbeit und vor allem durch vermehrte Gemeinheitsarbeit unter den Verbänden selbst zu erreichen gesucht werden. Die vermehrte Pflege der Gemeinheitsarbeit in dieser Zeit bedingt auch, daß unsere Orts- und Bezirksstellen anspruchsvoller bleiben müssen, und die Kartellarbeit, die doch im besten Sinne des Wortes Gemeinheitsarbeit ist, weiter gepflegt wird. Wenn es gelungen ist, in einer Zeit so schwerer Sorgen und Kämpfe und in einer so fürchterlichen Wirtschaftskrise die Bewegung noch so zu erhalten, wie es geschehen ist,

dann ist das kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften über große Kräfte verfügen. In Wirklichkeit steht es ja auch so, daß keineswegs das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften erschüttert ist. Das wird sich zeigen, sobald in den Konjunkturverhältnissen eine wirkliche Besserung eingetreten ist. Nicht zuletzt liegt die Stärke der Gewerkschaften ja auch darin, daß vornehmlich der Strebsamste, der Geschulteste und der sachlich Tüchtigste der Arbeiterschaft bei den Gewerkschaften zu finden ist. Ferner mögen die gewerkschaftsfeindlichen Kreise auch folgendes bedenken: gerade in den unruhigen Zeiten haben sich die Gewerkschaften als ein den Radikalismus hemmendes und staatserkhaltendes Element bewährt. Ihre Tätigkeit und Haltung ist auch weiterhin der Wirtschaft selbst zugute gekommen.

Wir lehnen eine Agitation, die hemmungslos und ohne Verantwortung ist, die allen etwas verspricht, aber nichts hält, entworfen ab. Wir halten ein die Not des Volkes für agitatorische Bedürfnisse mißbrauchendes Vorgehen für verwerflich. Was wir aber verlangen — und auch in der Berichtszeit immer nachdrücklich verlangt haben —, ist ausgleichende Gerechtigkeit und eine Verteilung der in solchen Notzeiten unvermeidlichen Opfer nach gerechten und sozialen Maßstäben. Ein solches Vorgehen ist staatserkhaltend und wirtschaftsfördernd zugleich. Auch lehnen wir einen Nationalismus, der Gewalt, Haß und Klassenkampf von oben oder unten propagiert, nicht nur ab, sondern betonen nachdrücklich, daß unsere Arbeit entschieden in entgegengesetzter Richtung geht.

Wenn man eine gewisse Presse verfolgt, und wenn man die Verlautbarung bestimmter Parteien hört und liest, dann könnte man annehmen, all das, was die Gewerkschaften — einschl. der christlichen Gewerkschaften — in der Berichtszeit getan haben und noch täglich tun, nämlich: helfen eintreten und eintreten für die am meisten der Hilfe bedürftigen Schichten, sei Marxismus. Für viele reaktionäre Kreise ist Marxismus das, was nach Gleichberechtigung und Fortschritt, nach staatlichem Schutz und geistlicher Sozialpolitik für die arbeitnehmenden Schichten aussieht. In der Berichtszeit haben wir gegen diesen Geist ankämpfen müssen, und müssen es gegenwärtig in vermehrtem Maße tun.

Wir sind objektiv genug, um anzuerkennen, daß nicht alles, was an sozialpolitischen Errungenschaften da war, und daß nicht alle die geschaffenen sozialen Einrichtungen, die auf eine größere Produktivität und Ergiebigkeit der Wirtschaft abgestellt waren, in dieser fürchterlichen Krise erhalten bleiben konnten. Dieses anerkennen bedeutet aber nicht, mit allen Einzelheiten der Regierungsmaßnahmen einverstanden sein. Während aber die frühere Regierung bemüht war, den Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit zu wahren und sich nicht den Kräften, die den sozialpolitischen Abbau mehr oder minder aus Prinzip wollen unterordnete, wurde nach dem Sturze der Regierung Brüning scharf betont, daß man einen neuen Kurs steuern wolle. Die erste Verlautbarung der Regierung v. Papen kündigte den Kurswechsel in einer Weise an, die geradezu ein Schlag ins Gesicht der schwer notleidenden Schichten war. Wir wissen, daß einschneidende Maßnahmen auch ohne den Regierungswechsel nicht zu vermeiden waren. Aber was die Regierung v. Papen verordnet hat, geht u. E. über ein Maß, das man vom menschlichen und nationalen Standpunkt noch verantworten kann, hinaus. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß infolge der gewaltigen Abzüge die Arbeitslosen heute tatsächlich ein Hungerdasein führen, daß die großen Kürzungen in Verbindung mit der Dreiklassenpolitik und der Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen, einen Zustand geschaffen haben, der dringend — und zwar nicht zuletzt auch im Interesse des Gesamtvolkes — einer entscheidenden Aenderung bedarf.

Die Gewerkschaften sind über den Rahmen einer auf engem Gebiete wirkenden Interessensvertretung längst hinausgewachsen. Sie sind zu einem Organ der Volkswirtschaft geworden, speziell in dem Sinne,

das ureigenste Aufgabengebiet der Gewerkschaften auf der Arbeitsstelle, beim Arbeitsvertrag. Hier gilt es, ohne den Zusammenhang mit den Gesamterfordernissen der Wirtschaft und der Gewerkschaftsbewegung zu zerreißen, auch in der Richtung einer gesunden Betriebspolitik vorzustoßen. Von der Verfeinerung des Tarifwesens wurde schon im vorigen Jahre geredet. Gegenwärtig stehen wir aber am stärksten in diesem Auflockerungsprozeß drin. Wir haben uns nachdrücklich gewehrt gegen das Verlangen, einen abdingbaren Lohnspielraum in die Tarife einzuführen, weil das, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, unweigerlich zu mehr oder minder allgemeinen Lohnsenkungen führt und mit größter Elastizität nichts mehr zu tun hat. Wirklichen Erfordernissen wollen und müssen wir Rechnung tragen. Aber wir wollen uns auch nicht die Grundlagen des Tarifrechts unterhöhlen lassen. Die letzte Notverordnung birgt die Gefahr einer Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse in sich, die einseitig zugunsten der Firmen geht, die niedrigere Löhne zahlen. Im übrigen darf ja auch nicht vergessen werden, daß keine Volksschicht unter so beweglichen Lohnverhältnissen arbeiten wie die Arbeiterschaft. — Die Verbindlichkeitsklärung wollen wir aufrechterhalten wissen, wünschen aber eine Handhabung derselben, die auch dem sozialen Grundgedanken dieser Einrichtung Rechnung trägt.

Wir sind und bleiben eine deutsche, eine auf christlichem Boden stehende, aber parteipolitisch und konfessionell ungebundene Bewegung. Die parteipolitische Neutralität ist aber nie so verstanden worden und kann auch nicht so verstanden werden, daß wir gegen Parteien, die sich gegen die Gewerkschaften erklären, und die sich gewerkschaftsfeindlich und antisozial betätigen, nicht Stellung nehmen dürften. Im Gegenteil: Die parteipolitische Neutralität bedingt auch Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber allen Parteien. Und unsere Pflicht der Interessenervertretung der Arbeiterschaft zwingt uns, gegen Parteien, die die Reaktion wollen und einen arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs steuern, Stellung zu nehmen. Wir haben das in der Vergangenheit getan und werden das auch in Zukunft tun, ebenso, wie wir als christliche Bewegung nicht neutral sind gegen christentumsfeindliche Bestrebungen. Unser Bekenntnis zum Christentum trennt uns von allen Richtungen, deren Bestrebungen dem Christentum entgegenstehen. Dieses Bekenntnis trennt uns auch von der Sozialdemokratie — ich brauche das nicht besonders zu betonen —; aber wenn es nun Kreise gibt, die von uns verlangen, wir sollten so tun, als wenn wir überhaupt keine Arbeiterinteressenvertretung mehr sind und eine ganz einseitige „Marxistentöterei“ mitmachen, dann lehnen wir das entschieden ab. Nicht dadurch, daß man auch gerechte For-

**Am 1. Oktober 1932 ist der vierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.**

derungen anderer, und daß man ein Zusammengehen mit anderen in berechtigten Fragen ablehnt und ihnen keine Gerechtigkeit widerfahren läßt, kann man den Marxismus bekämpfen, sondern dadurch, daß das eigene Vollen positiv herausgestellt und an einer Aenderung der Zustände aus dem Boden eines christlich-sozialen Zukunftsprogramms gearbeitet wird.

Wir stehen auf christlichem Boden, weil die christlichen Grundsätze die beste Gewähr und Sicherheit für ein Leben der Menschen in Ordnung, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit bieten. Uns hindert also das Christentum nicht, sondern im Gegenteil, es verpflichtet uns, an einer Besserung der Zustände und an einer gerechten und sinnvollen Wirtschaftsordnung zu arbeiten. Mehrfach ist schon gesagt worden, daß unsere Zeit einen Wendekarakt-

ter trägt. Das gilt auch in bezug auf Wirtschaft und Wirtschaftsformen. Nicht in dem Sinne, als ob das kapitalistische Wirtschaftssystem schon morgen zu Grabe getragen würde, und daß dann ganz etwas Neues da-jünde. Daß aber in langsamem Werden, verbunden mit harter und zielbewußter Arbeit, Neues wachsen wird und wachsen muß, fühlen wir alle. Gerade die christliche Arbeiterbewegung, vor allem die christlichen Gewerkschaften, müssen, in kraftvollem Vorwärtsdrängen, neuen und gesunden Formen, Formen, die in erster Linie in der Gemeinschaft und stärkerer Selbstverwaltung liegen, eine Gasse bahnen.

Niemals hat unsere Arbeit, unsere Liebe und Sorge mehr unserem von Not und innerem Haber gepeinigten Volke gegolten, als jetzt. Niemals mehr als jetzt bedürfen wir aber auch der inneren Kraft und des festen Glaubens, daß nach diesen Tagen der Not auch wieder eine bessere und glücklichere Zukunft für unser Volk und Vaterland kommt. Daran mitzuarbeiten durch Treue und Hingebung, durch christliche Gewerkschaftsarbeit im besten und weitesten Sinne des Wortes, sei uns vornehmste Pflicht!

**Unsere Delegierten zu den Kongressproblemen**

Die Aussprache zu den einzelnen Tagesordnungspunkten des Düsseldorfer Gewerkschaftskongresses war außerordentlich reichhaltig. Die Ausführungen der Referenten fanden sowohl Unterstreichungen wie wertvolle Ergänzungen. Den Behörden wie einer objektiven Öffentlichkeit ist damit ein abgerundetes Bild der Auffassung aller christlichen Gewerkschaften gegeben.

Namens unseres Verbandes wurde zu dem Bericht über die Tätigkeit der Bewegung in den letzten Jahren (Otte) und dem Vortrag „Der nationale und volkspolitische Wille der christlichen Gewerkschaften“ (Kaiser) von Kollegen G a z e m e i e r, Berlin, folgendes ausgeführt: Die großen staatspolitischen Probleme zwingen wegen ihrer Auswirkung auf die Wirtschaftsgestaltung und die sozialen Verhältnisse zu einer Stellungnahme durch die Gewerkschaften. Die derzeitigen Regierungsmethoden nehmen die autoritäre Stellung des Reichspräsidenten außerordentlich stark in Anspruch. Das bedeutet die Gefahr der Verwirklichung eines nur einmal vorhandenen Staatsgutes. Die Selbstermächtigung der Reichsregierung in den Sozialgebieten, wie man sie sich durch die Notverordnung vom 4. September gesichert hat, ist der Rahmen für eine faschistische Beeinflussung des Soziallebens. Den Versicherungen des Herrn von P a p e n und auch den Darlegungen des Reichsarbeitsministers, dessen persönliche Auffassung wir achten, stehen wir nach wie vor skeptisch gegenüber. Es gibt auch bei Gesetzen Grenzen, wo die Gewissenentscheidung des Einzelnen wie eines Standes das letzte Wort hat. Wir christlich-nationalen Arbeiter haben unsere Einordnung in den Staat betont zu Zeiten, wo agitatorische Rücksichten uns eine andere Stellungnahme leicht gemacht hätten. Die Vorfahren der heute wieder herrschenden Kreise haben unter dem Stichwort: „Ohne Kanis keine Röhne“ die Bewilligung einer Flottenvorlage von der Hergabe von Landwirtschaftszöllen abhängig gemacht. Ihre Nachfahren versuchen immer wieder in gleicher Weise politische Bedürfnisse des Staates von der Erfüllung ihrer wirtschaftspolitischen Wünsche abhängig zu machen. Die Industrie hat wiederholt ähnlich gehandelt. Die christliche Arbeiterschaft hat Wert darauf gelegt, ihre sittlichen Menschenrechte in anderer Form zu erringen. Sie kann deshalb auch heute verlangen, daß ihre Forderungen auf soziale Gerechtigkeit mit größeren Maßstäben gemessen werden. — Durch die Notverordnungsgesetzgebung fehlt die Kontrolle des Parlaments. Der Ministerialbürokratie, der in normalen Zeiten nur die technische Vorbereitung der Gesetze oblag, ist damit eine wesentlich größere Einwirkungsmöglichkeit gegeben. Die Geschichte wird darüber urteilen, ob sie ihre Aufgabe, Gesetze im Einklang mit der Verfassung vorzubereiten, gerecht geworden ist. Die Einschränkungen in den Fürsorgemaßnahmen für die Erwerbslosen sind mit dem Sinn der einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung nicht vereinbar. Auch hinsichtlich der Selbstermächtigung der Reichsregierung auf den Gebieten der einseitigen Lohngestaltung, des Arbeits- und Versicherungsrechts muß festgestellt werden, daß sie nach unserer Auffassung zu den Gedankengängen der Reichsverfassung im Widerspruch stehen. Die für die Gesetzesausarbeitung und Gesetzesausführung in Frage kommende Beamtenerschaft, insbesondere die höhere, wird sich zu überlegen haben, ob sie vor dem Rechtsempfinden des Volkes bestehen kann. Beamte beschwören die Verfassung und nicht die Meinung des zufällig amtierenden Ministers. Sie können sich also nicht damit entschuldigen, daß sie Hausgehilfen der jeweiligen politischen Leitung seien. Die obere Beamtenerschaft hat auch darauf zu achten, daß sie in der Arbeiterschaft nicht nur als Umwälzstelle für die Bestrebungen der sozialen Reaktion empfunden wird. Bei dem dauernden Druck auf Löhne und Sozialbezüge sei die Beamtenerschaft daran erinnert, daß die moralischen und sittlichen Grundbedingungen des Beamtenrechts auf die Dauer nie weit von denen der Arbeiterschaft entfernt liegen können. Das Wort von den „wohl-erworbenen Rechten“ muß sonst auf die Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen Not als Hohn empfunden werden.

Im Rahmen der deutschen Gesamtkrise ist die Krise

der Bauwirtschaft das größte Faktum. Die Arbeitslosenzahl der Bauwirtschaft und die Dauer der Arbeitslosigkeit fangen langsam an, bekannter zu werden. Selbst bei Behörden, in anderen Wirtschaftskreisen und auch in Arbeiterberufen hat man über den katastrophalen Niedergang der Bauwirtschaft recht lange Zeit unzulängliche Vorstellungen gehabt. Der im Jahre 1927 auf 9 Milliarden RM. gestandene Umschlag in der Bauwirtschaft ist 1930 auf 6,8 Milliarden, 1931 auf 4,0 Milliarden gesunken und wird in diesem Jahre wahrscheinlich 2,0 Milliarden RM. Umschlag nicht übersteigen. Neben den aus der allgemeinen Krise sich ergebenden Zwangsläufigkeiten war es die Drosselungspolitik der vorausgegangenen Reichsregierung bei Hergabe von Hauszinssteuermitteln für Wohnungsbauzwecke, die diese Entwicklung herbeigeführt hat. Der private Bauwille ist dadurch ganz wesentlich ungünstig beeinflusst. Mit dem Wohnungsneubau und der Sanierung unzulänglicher Wohnquartiere sind Volksgesundheit und Volkssittlichkeit untrennbar verbunden. Wir werten die vorgesehenen 50 Millionen RM. für Hausreparaturen und Wohnungsteilungen als eine teilweise Wiedergutmachung der überstürzten Baudrosselung. Die Reichsregierung, die einschlägigen anderen staatlichen und kommunalen Behörden, aber auch die Volksoffentlichkeit müssen sich darüber im klaren sein, daß einem Wirtschaftszweig, dessen Geldquellen durch die Inflation zerstört sind, solange geholfen werden muß, bis wieder genügend Freitkapital für die Bauwirtschaft zur Verfügung steht. Wenn die vorgängigen Formen der Kapitalbeschaffung für Wohnungsbauzwecke auch nicht ganz wiederhergestellt werden, so muß doch zu mindesten ein erheblicher Beitrag des Hauszinssteueraufkommens als Leihgeld für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, des weiteren entweder durch Einflußnahme auf die Beileihungsgrundsätze der bestehenden Hypothekensysteme oder durch Schaffung entsprechender halb- oder ganzöffentlicher Einrichtungen ein dauernd fließender Markt für Baugelder neu geschaffen werden. Das hat nichts mit dem Schlagwort Zwangswirtschaft zu tun, sondern ist ausschließlich Wiedergutmachung von Schäden, die der Bauwirtschaft durch die Inflation entstanden sind. — Man notverordnet heute gegen das Arbeitsrecht, gegen soziale Bedürfnisse, man notverordnet aber nicht gegen die schrankenlose Wirtschaft von Kartellen und Syndikaten. Die Zementindustrie, die viele Millionen Kapital falsch investiert hat, zum größten Teil am Außenseiter niederzukonturrieren, betreibt heute wieder die mehr als zweifelhafte Politik, im Inlande die Preise hoch zu halten und nach dem Ausland ihre Produkte zu einem Drittel des Inlandspreises abzusetzen. Den Schaden hat die Bauwirtschaft durch überbeuerte Rohstoffe, aber auch die deutsche Volkswirtschaft durch entsprechende Gegenmaßnahmen des Auslandes. Auf Grund des mangelnden Volkstrauens ist von der derzeitigen Reichsregierung eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erwarten. Je eher eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung geschaffen ist, um so schneller wird auch dem Wirtschaftsaufstieg gedient und den dringenden sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden können.

Im Anschluß an den Vortrag des Kollegen S a l t r u s h über die Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Organistellung der Gewerkschaften sprachen die Kollegen S t ä h l e r, Münster, und S i e b e n, Limburg. Ersterer führt aus:

Ein altes Sprichwort sagt: „Wenn der Himmel herunterfällt, sind die Späßen alle gefangen.“ Wir haben keine Veranlassung solange zu warten, bis es soweit gekommen ist. Es freut uns daher, daß der Kollege S a l t r u s h auf diesem Kongress klar ausgesprochen hat, daß es

**Der Kongress für Erhaltung eines sozialen Arbeitsrechtes**

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften fordert gerade in der heutigen Zeit mit größtem Nachdruck Erhaltung und Fortentwicklung des Arbeitsrechtes.

Das Arbeitsrecht, insbesondere das kollektive Arbeitsrecht, bildet den Anfang einer für den sozialen Volksstaat allein angemessenen Rechtsordnung, die auch den Arbeiter als gleichberechtigtes Mitglied der Volksgemeinschaft anerkennt und schützt. Abbau des Arbeitsrechtes ist deshalb soziale Reaktion, ist Kampf gegen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung des werktätigen Volkes, das seit Jahren mit beispielloser Opferwilligkeit und in vorbildlicher Staatsgefinnung Deutschlands Not in vorderster Linie trägt.

Die Reichsverfassung erkennt die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Träger des kollektiven Arbeitsrechtes und deren Vereinbarungen als maßgebende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Mit diesen Verfassungsgrundsätzen ist die durch die letzten Notverordnungen vorgenommene Auslöschung der tariflichen Unabhängigkeit unvereinbar. Die Unabhängigkeit des Tarifvertrages ist das Kernstück unseres Arbeitsrechtes.

Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung lassen erkennen, daß sie die sittliche und staatspolitische Bedeutung des in der Reichsverfassung gewährleisteten Schutzes der Arbeitskraft nicht genügend würdigt. Diese Tatsache wird dadurch besonders deutlich, daß die Reichsregierung den Anspruch erhebt, über die in jahrzehntelanger Entwicklung gewordenen lebenswichtigen Grundrechte des arbeitenden Volkes mit Hilfe einer Ermächtigung durch einfache Verordnung zu bestimmen.

Die christlichen Gewerkschaften legen gegen diese Angriffe auf die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes, gegen diese Mißachtung des in wirtschaftlicher Selbstverwaltung geschaffenen Berufsrechtes härteste Ver-wahrung ein. Sie haben bisher ihre staatspolitischen Aufgaben verantwortungsbewußt erfüllt. Sie haben die Arbeiterschaft den Weg zum Staat und zur Volksgemeinschaft geführt, der durch das Arbeitsrecht geöffnet wurde. Wenn man diesen Weg durch einen Abbau des Sozialrechts verschüttet, wird kaum noch eine Möglichkeit bleiben, die staatsbeherrschenden Kräfte der Arbeiterschaft dem Gesamtwohl nutzbar zu machen. Der Kongress hält sich für verpflichtet, vor der ungeheuren Gefahr, die eine solche Entwicklung für Volk und Staat bedeutet, eindringlichst zu warnen.

„Wer einen Platz ausfüllt in der Welt, wer eine Lebensaufgabe hat, der besitzt ein Reich, und mag es noch so klein sein. Er ist König in seinem Reiche, wenn seine Krone auch keinen Glanz ausstrahlt.“

Augustin Wibbel

### Die unsozialen Zeiterscheinungen müssen unser soziales Gewissen wecken! Werbung für den Verband lautet die Parole!

an der Zeit ist, daß der Staat sich um die Erhaltung seiner natürlichen Güter, insbesondere der Naturschätze, kümmert. Die Versorgung mit Licht, Wärme und Kraft kann nicht ungehemmt dem privaten Gewinnstreben ausgeliefert bleiben. — Wenn Herr von Papen glaubt, sich bzw. seine Regierung loben zu müssen, daß er es fertig gebracht habe, die Zahl der Arbeitsdienstwilligen um das Zweifache zu erhöhen, dann hat er sich ein Lob gespendet, das ihm nicht gebührt. Arbeitswillige hatten wir schon früher in gleicher Zahl. Wichtig ist, daß die Not, die die Papenschen Notverordnungen gebracht haben, die Arbeiter in den Arbeitsdienst treibt. Es ist dies also kein wahrhaft freiwilliger Arbeitsdienst mehr.

Die Bauarbeiter sind auch heute wieder die Benachteiligten. Das große Heer der arbeitslosen Bauarbeiter spricht eine deutliche Sprache. Falsche Steuerpolitische Maßnahmen der früheren Reichsregierung, die schon gestern vom Kollegen Gagemeyer gekennzeichnet wurden, haben ihr Teil mit zu dem Elend der Bauarbeiter beigetragen. Mit verhältnismäßig großer Geduld, vielleicht zu großer Geduld hat die Bauarbeiterschaft diese Not getragen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik. Nach v. Papen ist die Reparationsfrage nun geklärt und wir hatten erwartet, daß man nunmehr auch der Bauarbeiterschaft Arbeit und Brot gäbe, nicht zuletzt auch deshalb, weil man in vergangener Zeit dieselben auch in der Arbeitslosenversicherung wie Stiefkinder behandelt hat. Doch weit gefehlt. Die Regierungsmaßnahmen führen dazu, daß den Bauarbeitern das letzte Stück Brot genommen wird. Aus den Großstädten kommen Kolonnen Arbeitsdienstfreiwilliger anderer Berufe und nehmen unseren anständigen Bauarbeitern auf dem Lande ihre berufseigene Arbeit weg. Wir sind von unsern Kollegen beauftragt, aufs schärfste zu protestieren, im besonderen dagegen, daß junge Menschen den Familienvätern die Verdienstmöglichkeit nehmen. Wir sind davon überzeugt, daß Herr v. Papen und seine Regierung, das, was er auf Lohnpolitischem Gebiet nicht mit seinen Notverordnungen erreicht, mit dem freiwilligen Arbeitsdienst fertig bringt, wenn wir nicht auf der Hut sind. Der freiwillige Arbeitsdienst ist abgesehen davon, daß er uns vom Baugewerbe die Arbeit nimmt, eine sehr große Gefahr für den Lohntarif. Das, was bei dem Baugewerbe begonnen wurde, wird in anderen Berufszweigen fortgesetzt werden. Hier gibt es keine Grenzen mehr und deshalb gemeinsam aufgepaßt!

Kollege Sieben, Limburg, verwies mit beredten Worten auf die besonderen Auswirkungen der bauwirtschaftlichen Krise in den sogenannten Abwanderergebieten. Solche sind unter anderem der Westerwald, das Fuldaer Land, das Eichsfeld, das östliche Westfalen. Tausende von Bauarbeitern sind von ihrem ehemaligen Arbeitsgebiet abgeriegt. Aus dem Westerwald sind 5 Prozent Beschäftigte, davon noch 2 Prozent im freiwilligen Arbeitsdienst. Die finanziellen Interessen der Städte hinsichtlich Einschränkung eigener Wohlfahrtsausgaben sind über den verfassungsmäßigen Grundgesetz der Freizügigkeit gestellt. Die Not ist dadurch in den Abwanderungsgebieten gehäuft. Viele Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, den Gemeindeanteil zu den Wohlfahrtsunterstützungen auszuführen. Mit der Verlagerung der Not ist es also nicht getan. Entweder muß die Arbeitsmöglichkeit für jeden freigegeben werden, oder die von den Arbeitsebenen abgeriegelten Gebiete müssen durch Reich oder Staat in den Stand versetzt werden, die hier unerschuldet Arbeitslosen durchzuhalten. Siedlung kann große Erleichterung schaffen. In diesen Gebieten besteht seit jeher der Kleinbesitz. Durch die rigorose und uneinheitliche Handhabung der Fürsorgebestimmungen hinsichtlich Anrechnung des Ertrages aus diesem Zwergbesitz ergeben sich Wirkungen, die mit dem anderwärts gepflegten Siedlungsgebanen in Widerspruch stehen. Kleiner Besitz wird zur Versteigerung getrieben, die Freude am Eigenbesitz zerfällt. Es muß als widerständig empfunden werden, in den Abwanderungsgebieten den Gedanken der Siedlungsaktivität praktisch vorzuschlagen, wo man anderwärts Stadtsiedlungen und ländliche Siedlung mit großen Geldmitteln fördert. Neben dem ständigen Streben nach Arbeitsbeschaffung muß zur Zeit eine gerechtere Handhabung der Begriffe der Fürsorgebedürftigkeit und der Anrechnung aus kleinem Erwerb erfolgen.

### Lohnkämpfe — der erste Erfolg der Regierungsmaßnahmen

Die ersten Ergebnisse der Durchführung des Regierungsprogrammes und der Notverordnungen vom 5. September haben sich in einigen Lohnkämpfen und Streiks gezeigt. In Berlin ist es in mehreren Betrieben der Metallindustrie, in Leipzig in einer Werkzeugmaschinenfabrik zu Ausständen gekommen, als die Betriebsleiter Lohnforderungen vorrechnen wollten. Auch im Reich sind ähnliche Ausstände, so in Hagen-Halpe beim Gussstahlwerk Weimann, in einer Textilfabrik in Oberlangenbielen und an anderen Stellen als Abwehr gegen beschuldigte

Lohnkürzungen ausgebrochen. In vielen Stellen haben hier die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO.) und die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO.) die Streikführung an sich gerissen und Streikposten gestellt. Nur in einigen Fällen haben die Gewerkschaften den Streikenden ihre Unterstützung geliehen. Die bisher ausgebrochenen Streiks sind inzwischen alle wieder beendet, nachdem die streikende Belegschaft ihr Ziel, d. h. die Zurückziehung des angekündigten Lohnabbaues, erreicht hatte. Die Reichsregierung hat nun im Hinblick auf diese Streiks festgestellt, daß aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien nicht etwa folgt, daß der Arbeitgeberverband den ihm angehörenden Arbeitgeber verliessen Berechtigung, den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tariflohngröße gerichteten Arbeitskampf unterstützt, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen. Damit stellt sich die Reichsregierung auf die Seite der Unternehmer und versucht, durch ihre Erklärung jede Unterstützung streikender Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften als eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht zu brandmarken. Der erste sichtbare Erfolg der Maßnahmen der Reichsregierung ist also eine Beunruhigung der Wirtschaft und zahlreiche Lohnkämpfe an den verschiedensten Plätzen des Reiches.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das sozial-berühmte Blatt der Schwerindustrie, nimmt die als natürliche Reaktion auf die Lohnabbaumaßnahmen der Reichsregierung wirkenden Streiks zum Anlaß, von der Reichsregierung Sondermaßnahmen zu fordern und spricht von „segenreichen Auswirkungen der Notverordnungen“. Sie fordert, daß den „Arbeitswilligen“ durch Staatsorgane der Weg zur Arbeitsstätte freigehalten wird.

### Rundschau

#### Baumeister Otto Heuer gestorben

Am 13. September starb Herr Otto Heuer, ein durch Jahrzehnte in den Kreisen der Arbeitgeber des Baugewerbes an erster Stelle mitwirkender Mann. Im letzten Jahrzehnt widmete er sich sehr stark den Baugewerksberufsgenossenschaften. Die Neubearbeitung der Unfallverhütungsvorschriften für das Baugewerbe unter seiner besonderen Mitwirkung wird dem Verstorbenen auch in unseren Kreisen ein ehrendes Gedenken sichern.

### Aus dem Verbandsleben

**Kollshausen.** Am 4. September hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Als Referent war der Kollege Ernst Dortmund, anwesend. Zunächst gedachte dieser unseres verstorbenen ersten Vorsitzenden, Kollegen Josef Wiedeborg, indem er ihm einen gehaltvollen Nachruf widmete. Alle Anwesenden hatten sich zum Andenken an den lieben Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. — In dem anschließenden Referat wurde die Stellung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung zu den augenblicklichen Strömungen im politischen und wirtschaftlichen Leben behandelt. Unter anderem streifte der Referent auch das von der Regierung bekannt gegebene Wirtschaftsprogramm. Auch diese Versammlung hat dazu beigetragen, das gewerkschaftliche Leben der Ortsgruppe zu befruchten.

**Gladbek.** In unserer Verwaltungsstelle fanden in der Zeit vom 3. bis zum 12. September in einer ganzen Anzahl Ortsgruppen außerordentliche Versammlungen statt. In allen widmete Kollege Einig unserem verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeborg, einen ehrenden Nachruf. Sodann nahmen die Versammlungen eingehend Stellung zu dem neuen Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Nach erläuternden Ausführungen des Kollegen Einig wurde mit großer Einmütigkeit eine Entschließung angenommen. In dieser wird das Vorhaben der Papen-Regierung als ein wirtschaftliches Experiment bezeichnet. Auf Kosten der Arbeitnehmerlast sollen vor allem der Groß- und Schwerindustrie wieder Milliardenbeträge überantwortet werden, ohne daß die Garantie für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft besteht. Derartige reaktionäre Pläne sind als arbeitseindlich abzulehnen. Eine Belebung der Wirtschaft kann nur durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten erfolgen. In gleicher Weise wird in der Entschließung der in Aussicht genommene Eingriff in die Sozialversicherung, als gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitnehmer verstoßend, entschieden bekämpft. Die Auswirkungen der Pläne der Reichsregierung gefährden den Bestand der Familie und des Staates. Die soziale Reaktion, die mehr als bisher lähn ihr Haupt erhebt, muß in ihre Schranken zurückgewiesen werden.

**Kanten.** Anlässlich unserer Monatsversammlung am 10. September fand die Ehrung unseres Kollegen Johann Zeien zur 25-jährigen Mitgliedschaft statt. Neben den Mitgliedern mit ihren Angehörigen hatten sich auch Mitglieder des katholischen Arbeitervereins sowie der DVA mit ihren Präses eingezunden. Für die notwendige Unterhaltung sorgte die Musikabteilung der DVA in hervorragender Weise. Nach der Begrüßung durch unseren Kollegen Keil, der vorher noch besonders unseres verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeborg gedachte, zeichnete Bezirksleiter Koch den Werdegang und die Errungenschaften unseres Verbandes, was unter tatkräftiger Mitarbeit des Jubilars erreicht worden

konnte, und überreichte dem Jubilar im Namen des Hauptvorstandes die Ehrenurkunde und die silberne Verbandsnadel. Herr Kaplan D t t e begrüßte den Jubilar im Namen des katholischen Arbeitervereins recht herzlich und wünschte ihm noch recht lange Jahre in voller Gesundheit im christlichen Bauarbeiterverbande mitarbeiten zu können. Er betonte ganz besonders die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften und begrüßte das innige Zusammenarbeiten zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereinen. Ein gemühtliches Beisammensein gab der schlichten Feier einen würdevollen Abschluß.

### Bekanntmachung

Die Christliche Arbeiterhilfe e. V. hat in Verbindung mit dem Volksdienst für das Gebiet des preußischen Staates die Genehmigung zur Durchführung einer

#### Volkswohllotterie zugunsten der deutschen Arbeitslosen- und Jugendhilfe

erhalten. Zur Ausgabe gelangen 800 000 Doppellose zum Preise von 2 RM. je Doppellos, und 1 RM. das Einzellos. Im Gewinnplan sind 52 340 Gewinne, sowie zwei Prämien im Gesamtbeitrag von 400 000 RM. vorgesehen.

Mit dem Vertrieb der Lose ist am 15. September dieses Jahres begonnen worden. Unseren Verwaltungsstellenvorständen ist durch Rundschreiben alles sachlich Einschlägige mitgeteilt. Wir bitten auch an dieser Stelle unsere Mitglieder, sich in den Dienst der Sache zu stellen und unsere Vertrauensleute bei dem Losertrieb tatkräftig zu unterstützen. Der Hauptvorstand.

### Sterbetafel

Im Alter von 28 Jahren starb am 6. September unser lieber Kollege Franz Elzer.

Am 7. September starb unser lieber und treuer Kollege Josef Kaiser im Alter von 57 Jahren. Verwaltungsstelle Essen.

Am 11. September starb plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages unser treuer Kollege und 1. Vorsitzender Karl Ruch im blühenden Alter von 29 Jahren. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. Ortsgruppe Mengerskirchen.

Am 18. September starb plötzlich durch Herzschlag unser treuer Kollege Josef Bruns, Plattenleger, aus Kanten, im Alter von 63 Jahren. Er war stets ein eifriger Mitarbeiter. Verwaltungsstelle Moers.

Am 20. September verstarb unser treues Mitglied der Maurer Johannes Morweiser an Lungenentzündung nach erfolgter Darmoperation im Alter von 64 Jahren. Wir verlieren in ihm einen alten Kämpfer und eifrigen Förderer unserer Bewegung. Ortsgruppe Würststadt.

Am 20. September starb unser Kollege Josef Schmitt durch einen Bauunfall im Alter von 53 Jahren. Ortsgruppe Schröd.

Ehre ihrem Andenken!

### Bauberuf

als Handwerker, Arbeiter, Polier, Bauführer, Zeichner und Techniker vorwärts kommen will, muß heute über den Durchschnitt leisten. Denn große Not erfordert doppeltes Können. Verlangen Sie die Broschüre „Der neue Weg“ kostenlos von Dr.-Ing. Christiani, Frankfurt (M.), Unter den Akazien 80.

„Deutschen“  
Lest den  
Über 100000 Familien  
beziehen seit Jahren unsere billigen Schuhe  
z. B. Arbeitsstiefel  
naturbraun, Spalttrind  
leder, eisenschlagen 4.50  
Verlangen Sie kostenlos den  
neuen reichhaltigen Prachtatlas  
Garanth. Unschädlich oder Geld zurück.  
Deutsch  
München P12 Rosenstraße 11

Bauschule  
Hoch und Tiefbau  
Eisenbeton  
Detmold 1  
z. Vorb. auf die Meisterprüfung in 2 Semest. an Ort und Stelle

Städtische Meisterhule für  
Bauhändler Bamberg Austr. 17  
(Staatl. unterstützte Schule.) Vorbereitung von  
Maurern und Zimmerern für die Meisterprüfung.  
Beginn: 2. November. Aufnahmebedingungen:  
20 Jahre, 3 Jahre Geisteszeit, Geistesprüfung.  
Küheres durch Direktor W. Sachs, Schellen-  
berger Straße 11.

Alles billiger!  
Werkzeuge gratis.  
Weltlata Werkzeug-  
compagn  
Sagen i. Reiff. 136.

Berufs- u. Sportbekleidung  
Werkzeuge, Teakholz-Wasser-  
wagen „Teakin“, Schlapphüte,  
Islander, Orig. Berliner Stuk-  
kateuranzüge. Preisliste gratis  
Mechanische Kleiderfabrik  
Versandhaus Fritz Ulrich  
Altona-Elbe 10 Gustavstr. 56-60